

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

7. August 1968 - 63 / 11
Einzelpreis DM 0.75

HEUTE SEITE 3: POLIZISTEN-TRICKS MIT DIENSTNUMMERN

SEITE 7 UND 10: JA UND NEIN ZU EINEM WAHLBÜNDNIS FÜR 1969

SEITE 8: ANALYSE DER DE GAULLE-FLOSKEL VON DER "PARTICIPATION"

WESTBERLIN: ERWÄGEN USA MITBESTIMMUNG DER SOWJETUNION ?

Erneut wird aus wohlinformierten Bonner Kreisen berichtet, daß in den USA Überlegungen angestellt werden, die Westberlin-Frage "dauerhaft" unter Einbeziehung der Sowjetunion zu lösen. Der UdSSR soll danach "ein gewisses Mitspracherecht" in Westberlin eingeräumt werden, indem die Sowjets als vierte Siegermacht in eine "Westberlin-Kommission" geladen werden, der auch die USA, Großbritannien und Frankreich angehören sollen. Die Viererkommission soll sich mit Westberlins Wirtschafts- und Verkehrsproblemen beschäftigen und verhindern, daß es wegen Westberlin in absehbarer Zeit zu einer Konfrontation zwischen Bundesrepublik und DDR kommt. Die Sowjetunion soll durch dieses Zugeständnis "an ihre Verantwortung" erinnert werden.

BRATISLAWA: EINZELHEITEN AUS DEN BERATUNGEN

Eine Einschätzung der Verhandlungsergebnisse von Bratislawa zwischen der CSSR-Führung und den fünf Parteien des "Warschauer Briefes" (aus der UdSSR, Polen, der DDR, Ungarn und Bulgarien) wurde von offenbar wohlinformierten Funktionären in Ostberlin gegeben. Danach stehe in der Deklaration das, "worüber man sich einig war, aber nicht das, worüber man sich uneinig war". Das habe man bewußt ausgeklammert. Sowohl in Cierna als auch in Bratislawa habe die Führung der KPC versichert, daß sie es nicht zulassen werde, daß in Prag "nicht-sozialistische oder gar konterrevolutionäre Kräfte die Machtfrage stellen". Keineswegs habe, wie in Westzeitungen zu lesen, die Frage der Pressefreiheit im Mittelpunkt der Diskussion gestanden. Die tschechoslowakischen Kommunisten hätten dreierlei zugesichert: einmal die weitere feste Bindung an den Warschauer Pakt und seine Prinzipien; zum zweiten die weitere feste Bindung an das Comecon und dessen Prinzipien; zum dritten die Beibehaltung der Führungsrolle der KPC bei der Entwicklung des ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens. Das beinhalte die Nichtzulassung von weiteren Parteien in der CSSR und die Nichteinführung einer "Stimmzetteldemokratie nach bürgerlich-demokratischem Muster". Die Kernfrage sei gewesen, ob die KPC es zulassen wolle, daß sie "durch unabwägbare und nicht voraussehbare Umstände in Verfolgung solcher Stimmzetteldemokratie in die Minderheit gerät, und ob sie dann einfach abtreten wolle". Die KPC-Führung habe hier "befriedigende Erklärungen" gegeben. Die Informanten bestritten, daß der Prager Reformkurs im allgemeinen kritisiert worden sei: Die meisten der CSSR-Reformen seien "im Prinzip richtig". Es gehe dabei lediglich um die Frage des Tempos der Reformen, die teilweise auch in anderen Ländern "weniger spektakulär eingeleitet wurden oder eingeleitet werden, wobei die Erfahrungen der tschechoslowakischen Genossen sorgfältig gesammelt werden". Die CSSR-

Führung, der man in Bratislawa "jedes Vertrauen eingeräumt" habe, müsse jetzt beweisen, ob sie in der Lage sei, ihre Versprechungen einzuhalten. Sie habe in den nächsten Wochen einige Entscheidungen zu fällen, und es müsse sich dann erweisen, ob sie dabei ihre Popularität behalte, konkret: "Ob dies also die Popularität einer kommunistischen Parteiführung ist oder aber Scheinpopularität, wie sie jeder haben kann, der keine Prinzipien hat". Das gewichtigste Ergebnis von Bratislawa gilt einer eventuellen militärischen Intervention. Bisher lag dieser Schwarze Peter bei der Sowjetunion, jetzt hat ihn die CSSR-Führung. Sie hat versprochen, daß die Macht der Partei in Prag unangetastet bleibt. Kann sie dieses Versprechen nicht halten, muß sie den Warschauer Pakt zu Hilfe rufen.

EXTRA-DIENST-VERÖFFENTLICHUNG: BND ENTSCHULDIGT SICH

Im Zusammenhang mit einer am 29. Juni im EXTRA-Dienst exklusiv publizierten Geheimdienststudie über den Studentenführer Cohn-Bendit aus den "Informationen" des Bundesnachrichtendienstes gab der BND jetzt folgende "Mitteilung" an seine "Empfänger" heraus: "Durch eine bedauerliche Indiskretion ist ein Beitrag aus der "Information" Nr. 23 vom 21. 6. 1968 (über Cohn-Bendit) in vollem Wortlaut und mit Angabe der Herkunft in der Presse veröffentlicht worden. Es ist das erste Mal, daß unsere Bitte, die "Information" nur zur eigenen Unterrichtung zu verwenden und nicht im Wortlaut daraus zu veröffentlichen, in so wenig fairer Weise ignoriert wurde. Wir wollen uns jedoch durch dieses Vorkommnis nicht entmutigen lassen, sondern die laufende Unterrichtung einzelner Persönlichkeiten, die an der "Information" auch weiterhin interessiert sind, nach bestem Wissen und Gewissen fortsetzen. Im Zusammenhang mit dem vorerwähnten Beitrag über Cohn-Bendit verweisen wir auf das am 3. 7. 1968 nach mehreren Veröffentlichungen in dieser Angelegenheit erfolgte Dementi des hessischen Kultusminister Schütte. Danach ist es unzutreffend, daß für Cohn-Bendit ein Stipendium des Landes Hessen gewährt wurde."

FRANKREICH: SA-TRUPPS DE GAULLES IM QUARTIER LATIN

Triumphierend berichtet die gestrige Ausgabe der "Welt" von einer "neuen Taktik der Gaullisten", die "jede Zusammenrottung im Keim" ersticken soll. Es handelt sich dabei um nichtuniformierte SA-ähnliche Sturmtrupps, die teils als "agents provocateurs", teils als ausgebildete Schläger und CSR-Gehilfen tätig werden. Die "Gegen-Guerillas" (so die "Welt") werden aus ehemaligen OAS-Terroristen, Unterweltlern und aus den Reihen des gaullistischen "Komitees zur Verteidigung der Republik" rekrutiert. Ihre Taktik beschreibt die "Welt" an einem praktischen Beispiel sehr deutlich: "Am Wochenende gegen 21.30 Uhr auf dem Boulevard Michel: Tausende von Menschen promenieren die vollen Cafehausterrassen entlang... Langsam fährt ein Polizeiwagen, alle Fenster vergittert, kreisendes Warnlicht eingeschaltet, den Boulevard in Richtung Seine hinunter... Hinter dem Polizeiauto marschiert eine Gruppe von etwa 50 jungen Leuten, die, manche lachend, manche mit angespanntem Gesicht und suchend blickenden Augen, im Sprechchor rufen: 'Auf die Straße, Kameraden' und 'CSR-SS'. Auf der Höhe des Brunnens auf dem Platz Saint Michel gibt der Fahrer des Polizeiautos auf einmal Gas und braust davon in Richtung auf die Seine-Insel wenige hundert Meter weiter, wo das mächtige Polizeipräsidium dunkel und scheinbar verschlafen liegt. Nur wenige der Umstehenden begreifen, was vor sich geht: Die Demonstranten, die hinter dem Polizeiwagen gelaufen waren, stieben panikartig auseinander. Zu spät für einige: Aus ihren eigenen Reihen und aus der Menge heraus bilden sich blitzschnell Grüppchen von zwei oder drei jungen Männern und fassen mit geübten Judogriffen zu. Etwa ein halbes Dutzend Demonstranten werden von diesen jungen, sportlich mit Pullover und Laufschuhen gekleideten Leuten über die Brücke zum Polizeipräsidium geführt... Jenseits der Brücke, wo das Polizeipräsidium anfängt, spielen sich Szenen ab, die der Beobachter nicht recht beschreiben mag. Schlagstöcke tauchen auf, Schreie hallen durch die Nacht. Ein junger Mann mit blutüberströmtem Gesicht, halbnackt, wird an den Füßen in eine Nebentür des Polizeipräsidiums geschleift..." Mit solchen "Blitzaktionen gegen potentielle Rädelsführer", meint die "Welt", könnte de Gaulle einen "roten Oktober" verhindern. Falls die SA-Kommandos in Schwierigkeiten geraten, wird sofort über Sprechfunk die Polizei alarmiert, die den strikten Befehl hat, in jedem Fall die Schläger zu schützen.

PRÜGEL-POLIZISTEN: UNTER DEN FITTICHEN DER GEWERKSCHAFT

Polizisten, die im Zusammenhang mit Prügel-Exzessen während früherer APO-Demonstrationen von Demonstranten, unbeteiligten Anwohnern und Passanten oder von Journalisten angezeigt wurden, genießen das besondere Wohlwollen der Polizei-Gewerkschaft, auch wenn sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Die Gewerkschaft stellt ihnen kostenlos Rechtsanwälte zur Verfügung und hat allgemeine Order erlassen, selbst Kollegen gegenüber keine Aussagen zu machen. Bei den Ermittlungen der Kriminalpolizei handeln immer mehr beschuldigte Polizisten nach diesem Ratschlag, obwohl diese Ermittlungen fast immer recht wohlwollend den Beamten gegenüber sind. So gibt man bei der Kripo Anzeigen wegen Körperverletzung im Amt kaum Chancen, selbst wenn mehrere unbeteiligte und "links-unverdächtige" Zeugen belastende Aussagen gegen einzelne Beamte machen. Da meistens die Opfer solcher Prügel-Aktionen den Anzeigenden selbst nicht bekannt sind, verfährt die Kripo nach dem Motto: "Kein Mörder ohne Leiche". Wie EXTRA-Dienst aus Polizeikreisen zusätzlich erfährt, drohen einigen Anzeige-Erstattern selbst Anzeigen wegen Falschaussagen. Grund: Manche mit Dienstnummer angegebene Polizisten können einwandfrei nachweisen, daß sie an dieser oder jener Polizei-Aktion überhaupt nicht teilgenommen haben. Besonders während der Osterdemonstrationen scheint es nämlich Usus gewesen zu sein, daß Polizeibeamte untereinander zeitweilig die Dienstnummern austauschten, damit der eigentliche Nummer-Inhaber - der zur fraglichen Zeit gerade dienstfrei hatte oder anderswo im Einsatz war - dem Anzeigenden mittels eines perfekten Alibis falsche Aussagen vorwerfen und den wirklichen Prügler schützen konnte. Allerdings sind auch umgekehrte Fälle bekannt: Demonstranten, die mehrere Dienstnummern verlangt und erhalten hatten, verwechseln die Karten und beschuldigen den Falschen. Es empfiehlt sich daher, gleich nach Erhalt solcher Karten auf der Rückseite stichwortartig Ort und Zeit zu notieren, möglichst auch noch eine ungefähre Personen- und Dienstrangbeschreibung.

WESTBERLINER STADTSANIERUNG: DOKUMENTARFILM IN ARBEIT

Das "Büro für Stadtsanierung" der Außerparlamentarischen Opposition in Westberlin (Berlin 36, Wrangelstraße 5/IV) arbeitet derzeit zusammen mit Erwin Mühlestein vom Institut für Filmgestaltung an der Ulmer Hochschule für Gestaltung an einem Film über die Problematik der Westberliner Stadtsanierung. Der Dokumentarstreifen entsteht im Sanierungsgebiet Kreuzberg zwischen Prinzenstraße und Görlitzer Bahnhof. Das Büro bittet um Informationen über dieses Gebiet. Zahlreiche Basisgruppen der Westberliner APO arbeiten seit einigen Monaten an Problemen der Stadtsanierung und wollen das Projekt unterstützen.

NEUAUFGELEGTES BRAUNBUCH: KRIPO-CHEF SANGMEISTER SCHWER BELASTET

517 neue Namen NS-Belasteter enthält die soeben in der DDR erschienene 3. Auflage des "Braunbuches", dessen Beschlagnahme auf der Frankfurter Buchmesse 1967 Aufsehen erregt hatte. Die Neuauflage enthält u. a. ein neues Kapitel über NS-Belastete in der Westberliner Polizeiführung, das 30 Namen zählt. Zum ersten Mal werden dort auch Angaben über den Leiter der Kriminalpolizei, Wolfram Sangmeister, gemacht, der Absolvent mehrerer SA-Führungsschulen war. Als "Bevollmächtigter war er für die deutsche Umsiedlungs- und Treuhandgesellschaft (DUT)" tätig, die - so das "Braunbuch" - "für die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung aus den okkupierten Gebieten verantwortlich war". Die DUT unterstand dem SS-Hauptamt "Volksdeutsche Mittelstelle".

Die Tatsache, daß das neue "Braunbuch" jetzt auch ein Kapitel über Bundeskanzler Kiesinger enthält, hat beim Börsenverein für den deutschen Buchhandel Besorgnis ausgelöst. Zur Zeit wird in Frankfurt die juristische Lage sondiert. Besondere Befürchtungen richten sich auch auf das gleichfalls im Staatsverlag der DDR erschienene "Graubuch"; Verleger hatten den Frankfurter Börsenverein darauf aufmerksam gemacht, daß auch das "Graubuch" Dokumente und Ausführungen über Bundeskanzler Kiesinger enthält.

"BILD"-ZEITUNG KÖLN: SPRINGER DRUCKT BEI DER SPD

Vom 1. Februar nächsten Jahres an wird die Kölner Ausgabe der "Bild"-Zeitung nicht mehr im Verlag M. DuMont Schauberg, sondern im SPD-eigenen Druckhaus Deutz gedruckt. Das Druckhaus (ca. 450 Beschäftigte) ist eine GmbH, deren Geschäftsanteile der Sozialdemokratischen Partei gehören. Treuhänder sind der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Kühn, SPD-Schatzmeister Alfred Nau, Fritz Heine (Leiter der Geschäftsführung der "Konzentration" in Bad Godesberg), Willi Eichler, Josef Pedrotti und SPD-MdB Hein Hamacher. Der Axel-Springer-Verlag hatte den Vertrag mit M. DuMont Schauberg Ende April zum 31. Januar 1969 im Zusammenhang mit der Anti-Springer-Kampagne zu Ostern gekündigt. Damals hatte sich der Verleger Alfred Neven DuMont geweigert, eine zusätzliche Auflage von 28 000 Exemplaren für die Frankfurter "Bild"-Ausgabe zu drucken. Das Frankfurter Druckhaus war an jenem Abend von Studenten und anderen Demonstranten blockiert. Der Kölner Verleger hatte die Aufforderung Springers, wieder "Kölner Stadtanzeiger" berichtet, mit folgender Begründung abgelehnt: "Erstens: der bis dahin von blutigen, vielleicht menschengefährdenden Unruhen verschonten Stadt Köln sollten Zustände wie in Berlin, Hamburg, München und Frankfurt erspart bleiben. Zweitens: Eine vertragsgerechte Herstellung und eine sich daran anschließende reibungslose Auslieferung der gewohnten Kölner Auflage von "Bild" und "Bild am Sonntag" sollten gewährleistet werden." Daraufhin entzog Springer Alfred Neven DuMont den gesamten Druckauftrag für "Bild" (täglich ca. 270 000 Exemplare) und "Bild am Sonntag" (ca. 220 000 Exemplare). Das SPD-eigene Druckhaus Deutz hatte sich sofort nach dem Verleger-Krach bei Springer angeboten: "Wir haben unsere Technik angeboten und mit kaufmännischem Geschick versucht, den Auftrag zu bekommen", erklärte der Geschäftsführer des Druckhauses Deutz, Peter Greis. Mit der Politik der SPD habe die Übernahme nicht das geringste zutun. Greis erklärte, daß die Erfahrungen des Druckhauses mit der Rollenoffset-Technik für Springer reizvoll gewesen wären, da der Hamburger Verleger dieses Druckverfahren bald für alle seine Zeitungen verwenden wolle. Bisher erscheint als einzige Tageszeitung in Westberlin und Westdeutschland das Organ der SED-W "Die Wahrheit" im Rollenoffsetdruck. In der DDR wird das "Neue Deutschland" in dieser modernsten aller Zeitungsdruck-Techniken hergestellt. Vertreter des Hauses Springer hatten sich schon vor einiger Zeit auf der Leipziger Messe über die auf diesem Gebiet führenden DDR-Druckmaschinen informiert.

DARMSTADT: REPUBLIKANISCHER CLUB GEGRÜNDET

Seit dem 31. Juli gibt es auch in Darmstadt einen Republikanischen Club (Auskünfte: K. Gülch, Telefon 061 51/16 20 94). Die 34 Gründungsmitglieder umfassen nahezu alle Teilgruppen aus der APO: AStA der TH, Arbeitskreis Arbeiter, Schüler und Studenten (ASSK), Gewerkschaftsjugend, Jungsozialisten, HSU, HU, SHB, SDS, Unabhängiger Sozialistischer Schülerbund (USSB). In der Satzung heißt es, daß es sich der RC zur Aufgabe mache, "für die Verwirklichung einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft namentlich in der Bundesrepublik Deutschland einzutreten. Die in ihm vereinigten Mitglieder wollen sich durch Information, Reflexion und Aktion um die Befreiung des Menschen von Manipulation und Unterdrückung bemühen. Der Club konstituiert sich als Diskussionsforum und Aktionszentrum. Er versteht sich als Teil der politischen Linken und damit heute der Außerparlamentarischen Opposition zugehörig." Der Club hat Räume gemietet, die spätestens mit Beginn des Wintersemesters geöffnet werden sollen.

VIETNAM-COURIER: NACHRICHTEN AUS HANOI IN BRD UND WESTBERLIN

Der im fünften Jahrgang in englischer und französischer Sprache erscheinende "Vietnam-Courier", eine wöchentliche Information der Demokratischen Republik Vietnam, mit ausführlichen Berichten über den Krieg in Vietnam und das Leben des von den USA bekriegten Staates, ist jetzt auch in der Bundesrepublik und in Westberlin zu beziehen. Die Vietnamesen haben eine Expedition für Europa eingerichtet. Sie befindet sich bei: Peuple et culture, 45 Caroline, CH 1227 Carouge/Genf. Die westdeutsche Expedition befindet sich bei: Inge Jahnke, 2 Hamburg 13, Hochallee 21.

"MORGENPOST": ANTI-SPRINGER-KAMPAGNE IN DER DDR

Eine Anti-Springer-Kampagne eigener Art findet zur Zeit in den Ortschaften rund um Ostberlin statt: Vorkriegsreklamen der "Berliner Morgenpost" werden entfernt. In einer Glosse vom 6. Juli hatte das "Neue Deutschland" seine Befürchtung geäußert, diese Reklame ließe "den Reisenden eine Sekunde lang zweifeln, ob er sich in der DDR befindet." Leser bekundeten daraufhin, auch sie empfänden "das Dingsda" (Leser Ernst Gerth, Teschendorf) als Schandfleck: "Wahrscheinlich müssen wir es abhacken." Bürgermeister Wolff aus Teschendorf: "Wir klopfen Springer auf die Finger." Bürgermeister Frenzel aus Spremberg meldete am 27. Juli ebenfalls die Entfernung einer "Morgenpost"-Wand. Dort war von der Ankündigung, die "Morgenpost" habe die größte Abonnentenzahl Berlins, durch Witterungseinflüsse nur noch die Feststellung erhalten geblieben, die Zeitung habe die größte "entenzahl".

AMNESTY INTERNATIONAL: BERICHT ÜBER SÜDKOREA

Die Organisation Amnesty International hat jetzt einen Bericht über die politische Justiz in Südkorea fertiggestellt, in dem insbesondere die Situation der im Juni 1967 aus der Bundesrepublik entführten Koreaner beleuchtet wird. Nach dem Bericht fanden ähnliche Entführungen aus Österreich, der Schweiz, Frankreich und den USA statt. Amnesty International fordert demokratische Organisationen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik auf, zum Nationalfeiertag (Independence Day) Südkoreas am 15. August Petitionen an den Staatspräsidenten zu richten, da an diesem Tag umfangreiche Amnestien gewährt werden können. In diesen Petitionen an "His Excellency, The President of the Republic of Corea, Mr. Park Chun-Hee, Seoul" sollte man nach Empfehlung der Organisation taktisch vorsichtig argumentieren, um den Opfern der Seouler Terror-Justiz zu helfen: "Ihre Petition wird umso wirksamer sein, je weniger Sie auf die Vergehen hinweisen, deren sich die koreanische Regierung schuldig gemacht hat. Erinnern Sie an das gemeinsame Schicksal der Teilung, an die schwere Belastung der koreanisch-deutschen Freundschaft, an die Sympathien, die die Verschleppten in Deutschland ihrem Heimatland gewannen, an das Jahr der Menschenrechte. Appellieren Sie an Milde, Großzügigkeit, Verständnis etc. Setzen Sie sich nicht nur für die aus Deutschland Verschleppten ein, sondern für alle Angeklagten. Einige von ihnen waren in Seoul verhaftet worden, nachdem sie in den vergangenen Jahren in Deutschland studiert hatten."

Amnesty International untersuchte auch die Hintergründe der Beschuldigungen gegen die Koreaner: "Das Antistate-Law und das Anticomunist-Law bilden die Grundlage der Anklage gegen die Entführten, die angeblich Angehörige eines von Nordkorea gesteuerten Spionagerings waren. Diese beiden Gesetze, die 1955, d. h. unmittelbar nach Ende des Korea-Krieges verabschiedet wurden, verbieten es Südkoreanern unter Androhung der Todesstrafe bzw. härtester Zuchthausstrafen, Kontakt mit irgendwelchen Nordkoreanern aufzunehmen (d. h. noch nicht einmal Briefkontakt zu Verwandten ist gestattet geschweige denn ein Besuch), ein sozialistisches Land zu besuchen, marxistische Literatur zu lesen, zu besitzen oder zu verbreiten. Mit solchen Bestimmungen verstoßen die Gesetze eindeutig gegen die Artikel 12, 14, 18, 19, 20 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von der UNO verkündet wurden. Ironischerweise hat gerade die UNO Südkorea in einem langen Krieg gegen Nordkorea verteidigt."

Der Berichterstatter von Amnesty International kann Augenzeugen benennen, die aussagen, daß die vor Gericht widerrufenen Geständnisse der Angeklagten unter schwersten Foltern erpreßt wurden. Der dritte Prozeß in der letzten Instanz gegen etwa ein Dutzend Angeklagte beginnt in diesen Tagen.

GEHEIMDIENST-STORY: DIE FREUNDIN DES CHE GUEVARA

Amerikanische und westdeutsche Geheimdienste haben das amerikanische Nachrichtenmagazin "Newsweek" benutzt, um ihre Version über die Freundschaft zwischen dem kubanischen Revolutionär Che Guevara und einem Mädchen loszuwerden. In der letzten Juliausgabe gibt "Newsweek" diese Version so wieder: "Jede Revolution hat ihre "La Pasionaria" - die edle Heldin, die ihr Leben aufs Spiel setzt - und Ernesto Che Guevaras unglücklicher Versuch, in Bolivien ein zweites Vietnam zu schaffen, war keine Ausnahme

von dieser Regel. In Ches Fall hieß sie Tanja, ein attraktives, grauäugiges Mädchen Ende zwanzig, die ihr Leben lang eine ergebene Kommunistin gewesen war. So jedenfalls berichtete die kubanische Regierung die Geschichte.

Aus den Akten westlicher Geheimdienste tauchte jedoch in der letzten Woche eine andere Tanja auf - und plötzlich verwandelte sich die pflichtgetreue kleine Revolutionärin in eine sowjetische Spionin, deren Tätigkeit zum Teil Schuld an Ches Tod war. Washington und Bonn setzten ihre wirkliche Lebensgeschichte zusammen, die in Buenos Aires begann, wo sie - Heidi Tamara Bunke - als Tochter kommunistischer Flüchtlinge aus Hitlerdeutschland geboren wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg brachten ihre Eltern sie zurück nach Ostdeutschland. Dort besuchte sie die Schule. Ihr fließendes Spanisch, ihre untadelige Linientreue und ihre blonde Schönheit brachten sie ins Blickfeld des östlichen Geheimdienstes. "Als die erste kubanische Delegation nach Ost-Berlin kam", so erinnerte sich einer ihrer früheren Genossen letzte Woche, "erschloß sich Tanja buchstäblich ihren Weg in die Delegation". So wertvoll waren Tanjas kubanische "Beziehungen", daß sie von russischen Agenten dazu ausgebildet wurde, in Lateinamerika zu arbeiten. 1964 tauchte sie in Bolivien wieder auf - diesmal unter dem Namen Laura Gutierrez Bauer - wo sie sich einen Job beim Presseoffizier des Landes verschaffte. Später begann sie damit, Männer und Waffen in Ches Dschungel-Versteck zu schmuggeln. Bei einer solchen Gelegenheit brachte sie den Argentinier Carlos Bustos und den französischen Schriftsteller Régis Debray ins Lager. Sie selbst blieb für zwei Wochen mit dem Auftrag, Che zu treffen. Dann machte Tanja einen großen Fehler: Sie ließ ihren Jeep mit einigen belastenden Papieren in einer nahegelegenen Stadt, wo er von bolivianischen Truppen gefunden wurde. Jetzt blieb Tanja keine andere Wahl, als bei den Guerillas zu bleiben. Monatelang wurde sie von der bolivianischen Armee gejagt. Schließlich wurden Che und Tanja (man berichtet, daß sie im fünften Monat schwanger war) in zwei verschiedenen Gefechten getötet. Übereinstimmend mit der einen Theorie war Tanja bis zu ihrem Tode Moskau gegenüber loyal, und nicht Che. Sie soll sogar vorgehabt haben, ihn zu verraten. Aber einige US-Offiziere meinten letzte Woche, daß Tanjas kaltes Herz am Ende doch von Che entflammt gewesen war."

WAGENBACH-VERLAG: KÜNFTIG MIT MAO UND CHE

Klaus Wagenbach, der 1967 auf einer Vollversammlung des Buchhändler-Börsenvereins als "Maoist" beschimpft worden war, bringt in einer neuen Reihe "Rotbücher" im Herbst 1968 erstmalig selber Texte von Mao Tse-tung heraus: "Über den Widerspruch", einen Aufsatz Maos von 1937, kommentiert von Christian Semler. Ferner erscheinen in der neuen Reihe Texte von Che Guevara, Aimé Césaire, Gaston Salvatore, Erich Fried u. a. Wilfried Gottschalch schreibt über "Parlamentarismus und Räte-demokratie" ("Samt einem Lesebuch"), Wolfgang Dreßen über "Antiautoritäres Lager und Anarchismus", ebenfalls samt Lesebuch. - Gleichfalls zum Herbst erscheint bei Wagenbach eine Schallplatte mit vier Biermann-Liedern, darunter "Drei Kugeln auf Rudi Dutschke".

ZITAT DER WOCHE

"Vico Torriani's letzte Sendung 'Der goldene Schuß' wurde in der Tschechoslowakei begeistert aufgenommen. Sie erhielt dort die Note 'plus 9' (bei einer Bewertung von minus 10 bis plus 10. Die Red.) und wurde von der Presse als 'Visitenkarte der Kultur und intelligenter Leute' gelobt." (TV Hören und Sehen, westdeutsche Programmzeitschrift, 1. Augustheft 1968).

HINWEISE DER REDAKTION

EXTRA-DIENST hat derzeit rund 4000 Abonnenten, mehr als 2500 in Westberlin, mehr als 1300 in Westdeutschland und einige im Ausland. Wir haben uns für dieses Jahr das Ziel: 5000 feste Abonnenten, gesteckt. Vielleicht kennen unsere Leser Freunde und Bekannte, die EXTRA-Dienst gerne abonnieren würden, ihn aber nicht kennen. Wir senden gerne Probeexemplare. Auf Seite 12 haben wir Raum für einige Anschriften gelassen. Wir bitten unsere Leser, sich die Mühe zu machen und uns Anschriften von potentiellen Interessenten mitzuteilen. Dank im voraus!

FREITAG, 9. August, 22.45 Uhr, zeigen die Freunde der Kinemathek im "Bellevue" am Hansaplatz den sowjetischen Film "Sturm über Asien" aus dem Jahre 1928. Der Streifen aus dem Bürgerkrieg lief bereits 1929 in Berlin im Marmorhaus. Damals mußte der Streifen vier Wochen lang verlängert werden, der Eingang wurde "wegen ungewöhnlichen Andrangs polizeilich gesperrt."

DIE WAHRHEIT ÜBER KIESINGER, eine Informationsbroschüre des Jüdischen Arbeitskreises (JAK), ist über Michel Lang, 1 Berlin 30, Eislebener Straße 15, Telefon 24 44 72, zu beziehen.

PERSONALIEN

MAX VON DER GRÜN, bekannt durch Roman und Defa-Fernsehfolge "Irrlicht und Feuer", RC-Chef in Dortmund, hat die Arbeit an seinem neuesten Buch "Zwei Briefe an Pospieschiel" beendet. Der Roman erscheint im Juli bei Luchterhand. Von der Grün: "Das Geschehen in meinem Roman ist weniger aktuell - es ist aktuell - aber ich glaube, daß es noch aktueller wird, weil es die Welt der Automation ist, von der wir heute im Grunde genommen noch wenig wissen, die aber in einiger Zeit auf uns alle zukommen wird."

ADOLF ARNDT, SPD-Abgeordneter und "Kronjurist" seiner Partei, ließ in einem Schreiben an die Humanistische Union in Sachen Notstandsgesetze wissen, nach seiner Ansicht fehle dem Verfasser des Notstands-Appells der HU, Jürgen Seifert, "jede Kenntnis, wie sich eine parlamentarisch-demokratische Gesetzgebung vollzieht". Handschriftlich fügte Arndt seinem Schreiben die Bemerkung an: "Wirklich keine blasse Ahnung!" Seifert, der als Sachverständiger auch im Notstands-Hearing des Bundestages gehört worden war, machte sich dennoch die Mühe, auf Arndts Kurzmittelung detailliert zu antworten. Arndt reagierte abermals mit einem Kurzschreiben: "Ihr Schreiben vom 12. Juni 1968 ging mir zu. Mit Ihnen zu diskutieren habe ich einfach keine Lust. Mit freundlichem Gruß, Arndt."

EXTRA-DOKUMENTATION

GIESSENER KREIS: AUFRUF ZU EINEM WAHLBÜNDNIS

In unserer letzten und in dieser Ausgabe wurde und wird über die Frage eines Wahlbündnisses der Linken zur Bundestagswahl 1969 diskutiert. Ausgangspunkt der Diskussion ist vor allem ein Aufruf des Gießener Kreises, der sich für ein breites Wahlbündnis eingesetzt hat. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören u. a. Prof. Wolfgang Abendroth, der RC-Vorsitzende von Düsseldorf, Peter Alvermann, der Schriftsteller Arnau, Prof. Ernst Bloch, Margherita von Brentano, Prof. Ossip K. Flechtheim, der Schriftsteller Max von der Grün, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Prof. Ernst Käsemann, Prof. Dr. Werner Leibbrand, Pfarrer Michael Mochalski, Martin Niemöller, der Rowohlt-Cheflektor Raddatz, der Intendant Hans Schweikart, der Protestsänger Dieter Süverkrüp, die Schriftsteller Gösta von Üxküll, Günter Wallraff und Martin Walser sowie 30 Betriebsratsvorsitzende und rund 150 Betriebsräte und Vertrauensleute aus der ganzen Bundesrepublik. Nachstehend der Aufruf im Wortlaut:

"Die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik haben den letzten Schleier fallen lassen, der über ihre Politik gebreitet war. Mit den Notstandsgesetzen ist der demokratische Auftrag des Grundgesetzes im Kern getroffen. Indem das Parlament sie verabschiedete, hat es sich als Vertretung des Volkes aufgegeben. Anstatt der überfälligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen erleben wir das Festhalten an einer Politik der Stärkung des Großkapitals, der Rüstung, der Gebietsansprüche an den Osten, der Unversöhnlichkeit gegenüber der DDR. Unter diesen Umständen wird unentwegt dem organisierten Rechtsradikalismus in die Hände gearbeitet. Den Kräften der Diktatur ist der Weg gebahnt.

Breite Schichten begreifen die Herausforderung. Es wächst die Erkenntnis: die herrschenden Parteien haben sich dem Volke gänzlich entfremdet. Geblieben sind die brennenden Aufgaben: Demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und in den Betrieben, Wahrung und Erweiterung des sozialen und

wirtschaftlichen Besitzstandes, Aufbau einer glaubwürdigen Sicherheits- und Friedenspolitik.

Eine vielfältige demokratische Erneuerungsbewegung ist in der Entwicklung. Sie wird nicht mehr verschwinden. Sie sollte auch in den Bundestagswahlkampf 1969 mit einer überzeugenden und wählbaren Alternative eingreifen. Schon wird vielerorts darüber beraten, wie das mit Erfolg zu bewerkstelligen ist. Die Unterzeichner dieses Aufrufs meinen, die demokratischen Kräfte, die vielfach noch getrennt auftreten, sollten sich zur Bundestagswahl vereinen. Wir wenden uns an Arbeiter, Angestellte und Beamte, Bauern und Winzer, Studenten und Intellektuelle, an den Mittelstand und die Freischaffenden, die in ihrer Unabhängigkeit bedroht sind, wir wenden uns an politische Gruppen, an Vereinigungen, an alle, denen es um eine demokratische und friedliche Zukunft geht. Wir rufen dazu auf, ein machtvolleres Wahlbündnis zu bilden, in dem die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, ungeachtet ihrer Weltanschauung - ob christlich, liberal oder sozialistisch - zusammenwirken. Wir raten, überall im Lande unverzüglich die Initiative zu ergreifen, Zentren zu schaffen und Verbindungen aufzunehmen, damit es im Herbst zur Bildung eines umfassenden Wahlbündnisses für die ganze Bundesrepublik mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm kommen kann.

Die Wahlverbindung wird sich eine Form geben müssen, die dem Bundeswahlgesetz entspricht. Sie wird dabei Unabhängigkeit und eigene Vorstellungen der beteiligten Persönlichkeiten und der zusammenwirkenden Gruppen zu wahren haben.

Die Abgeordneten dieser Wahlunion werden in Wechselwirkung mit der außerparlamentarischen Bewegung stehen und damit den demokratischen Aktionen eine weitere Ebene eröffnen. Während die Parlamentarier der herrschenden Parteien dem gegenwärtigen politischen Systemzwang unterliegen und die Veränderungswünsche des Volkes ins Leere gehen lassen, handeln die Volksvertreter des Wahlbündnisses als Teil der demokratischen Bewegung. Sie sorgen für Öffentlichkeit und Kontrolle der Parlamentsarbeit; sie unterstehen dem ständigen Auftrag des handelnden Volkes, der Rechenschaftspflicht und einer stets erneuerten Vertrauensfrage. Die Wahlunion muß sich an den Aufgaben des politischen Tageskampfes entwickeln; der Wahlkampf selbst ist eine Form der täglichen Auseinandersetzung um Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft, auch des Parlaments. Das Bündnis sollte daher auch bei Gemeinde- und Landtagswahlen erprobt werden.

Mit der Schaffung eines solchen Bündnisses kann unser Volk, zu oft getäuscht, beirrt und von den Herrschenden mißbraucht, die Zuversicht gewinnen, daß durch eigenes Handeln den wirtschaftlichen und politischen Mächten und den Kräften der Diktatur wirksam begegnet und das Geschick unseres Landes gewendet werden kann. "

EXTRA-DOKUMENTATION

FRANKREICH: ICH BIN BETEILIGT, DU BIST BETEILIGT - SIE PROFITIEREN

Die französische Links-Zeitschrift "Pouvoir Ouvrier", die der PSU nahesteht, veröffentlichte in ihrer letzten Ausgabe einen redaktionellen Beitrag, der sich mit dem de-Gaulle-Projekt der erweiterten Mitbestimmung, der "participation", auseinandersetzt. Sowohl über de Gaulles Absichten als auch über die Stellungnahme der Arbeiterschaft ist Essentielles in der Bundesrepublik und Westberlin nicht bekannt. EXTRA-Dienst übersetzte den französischen Beitrag und stellt ihn als Material für die westdeutsche Mitbestimmungsdiskussion zur Verfügung.

"Als Revolutionär bezeichnete sich de Gaulle, als er im Fernsehen mit dem Schlagwort von der "Participation" (Beteiligung) den Wahlkampf einleitete. Dank der gaullistischen Partei erfolgt die Revolution der Gesellschaft nun nach Klassen und in kleinen Abschnitten.

Zwar gab es schon im August 1967 eine Anordnung "... über die Beteiligung der Lohnempfänger an den Profiten der Unternehmen", doch ist sie nie angewendet worden. Dafür waren die Arbeiter im Mai und Juni am größten Generalstreik beteiligt, den es in Frankreich gab.

Das de-Gaulle-Projekt "Capitant" schlägt eine dreiteilige Organisationsform vor: "Personalgenossenschaft" und "Aktionärs-gesellschaft" (une coopérative du personnel et une société des actionnaires) bilden zusammen das Unternehmen. Sie ernennen gemeinsam

das Direktorium, das ihnen gegenüber verantwortlich ist. Weil die Kapitalgesellschaft (la société des capitaux) von vornherein einen Anspruch auf die Gewinne erhebt, wird der Rest des Gewinns unter den zwei Parteien, die das Unternehmen bilden, zur Hälfte geteilt.

Neu an diesem Projekt ist die rechtsgültige dreiteilige Form, die das Unternehmen haben soll, neu ist die Beteiligung der Arbeiter an der Wahl des Direktoriums, neu ist die Möglichkeit, daß ein oder mehrere Arbeiter im Direktorium vertreten sein können. Wegen der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft hat dieses System jedoch in keinem Land Erfolg gehabt.

Die Linksgaullisten wissen das ebensogut und haben es nicht wegen der Beteiligung am Gewinnanteil ins Auge gefaßt. Das, was sie durch die Beteiligung der Arbeiter an der Führung des Unternehmens wirklich zu erreichen hoffen, ist ihre Zustimmung zur Vergrößerung der Produktivität und des Produktionstempos. Das Verschwinden des Arbeitskampfes, seine Integration in ihr eigenes Gewerkschaftssystem, ist ihr Ziel.

Trotzdem beunruhigen diese Projekte einen Großteil der französischen Unternehmer: wie und durch wen sollen z. B. die neuen Aktien, die durch die Selbstfinanzierung entstehen, verteilt werden?

Eine allein auf den Rahmen des Unternehmens begrenzte Verteilung der Aktien würde nur eine reaktionäre Gesellschaft wie Citroen stören: die Aktien würden gratis an alle Lohnempfänger verteilt werden können, nach solchen Kriterien wie Gehalt, Leistung, Dienstalter etc. Sie könnten für eine bestimmte Zeit (2, 5, 10 Jahre) auf ein Sperrkonto eingezahlt werden. Man könnte auch einen Spezialfonds daraus bilden. Er würde von einer gemischten Kommission, bestehend aus Vertretern des Kapitals und der Lohnempfänger, verwaltet werden. Man könnte daraus Sozialleistungen finanzieren (Renten, Kantinen, Ferienkolonien, Bibliotheken). Dies System verspricht eine anpassungsfähige, für jedes Unternehmen geeignete Anwendung und verallgemeinert schon gemachte Erfahrungen.

Einer Verteilung in einem überbetrieblichen Rahmen, z. B. der Branche oder des Bezirks, werden die Unternehmer jedoch kategorisch entgegentreten. Schon im Juni 1966 schrieb die Zeitschrift "L'Opinion économique et financière": "... es ist geradezu verhängnisvoll, daß Arbeiter die Möglichkeit der Kontrolle haben, ob ihnen das Niveau der Selbstfinanzierung angemessen zu sein scheint. Es ist dringend notwendig, daß irgendeine Spitzenorganisation diese Kontrolle übernimmt, z. B. eine staatliche, die dann dazu gelangen wird, das Expansionskapital der Unternehmen zu kontrollieren; oder ein Spitzenverband von Gewerkschaften, was zu einer mehr oder weniger versteckten Verwaltung führen wird.

Diese Kontrolle müßte auf der Ebene von Unternehmens-Räten und Industriebranchen oder auf nationalen Ebenen ausgeübt werden. Es ist klar, daß bei gleicher Arbeit die Lohnempfänger in prosperierenden Unternehmen denen in rückläufigen gegenüber im Vorteil sind. Deswegen müssen Gewinnausgleichskassen eingesetzt werden. Aber zu wessen Lasten, und wer soll dafür verantwortlich sein?"

Die C. N. P. F. und die P. M. E. haben sehr schnell gesagt, daß sie gegen dies Projekt sind. Die C. N. P. F. lehnt einen regionalen Gewinnausgleich ab, weil der Unterschied zwischen reichen und armen Bezirken wachsen wird. Sie verwirft einen nationalen Gewinnausgleich, weil das dem Staat eine größere Rolle in der Lenkung der Expansionsausgaben geben würde als jetzt, durch die Steuerung der aus Zwangssparen hervorgehenden Investitionen. Wenn sie auch eine Planung akzeptieren würde, das französische Großkapital würde eine dirigierte Wirtschaft ablehnen und fürchtet jede Maßnahme, die in diese Richtung geht. Es fürchtet auch, daß im Rahmen einer Ausgleichszahlung, die sich auf die Branchen auswirkt, nicht die reichen Zweige im Vorteil wären, und daß sich deswegen die Unterschiede zwischen den verschiedenen Sektoren der französischen Industrie nicht in Zuwachsraten ausdrücken würden, weil es die Modernisation beschleunigen und veraltete Unternehmen verschwinden lassen würde.

Wenn also die Linksgaullisten

- + versuchen wollen, den Geist des Klassenkampfes unter den Arbeitern zu zerstören,
- + die Lohnempfänger ermutigen wollen, mehr zu produzieren, indem sie ihnen Geld durch die Beteiligung an der Expansion des Unternehmens versprechen,
- + die Arbeiter verpflichten wollen, Lohnforderungen aufzugeben,

+ Lohnsteigerungen durch Verteilung von Aktien an Lohnempfänger ersetzen wollen,
+ weil die Expansion differiert, Zwangssparen einführen wollen, um wichtigere Investitionen zu ermöglichen,

dann ist das gesamte Großkapital zufrieden.

Wenn die Linksgaullisten aber noch weiter gehen wollen, wenn sie

+ die Rolle des Staates in der Steuerung der Allgemeininteressen des französischen Kapitals vergrößern durch Schaffung zentraler Organisationen, die mit Ausgleichszahlungen und Verteilung von Aktien beauftragt sind, und so die Macht der Verwaltungsbürokratie vergrößern,

+ versprechen, die Kapitalkonzentration zu beschleunigen,

+ die Apparate der Gewerkschaften zur vermehrten Kollaboration mit Kapitalisten und Staat antreiben, indem sie diese Organisationen innerhalb schon existierender rechtsgültiger Rahmen institutionalisieren,

dann erhalten sie nur die Zustimmung der fortschrittlichen Gruppe der Unternehmer und der staatlichen Bürokratie. Die Mehrheit der Unternehmer ist konservativ. Sie haben die Hauptorganisationen der Arbeitgeber in den Händen und stellen diesem Projekt eine kategorische Weigerung entgegen, indem sie erklären, daß sie ihre Macht mit niemandem teilen wollen, auch wenn der konzedierte Teil minimal ist: "Die Verantwortung für das Unternehmen hat allein der Chef, als Besitzer oder von den Aktionären ernannt; er muß sie vollständig übernehmen, entscheiden und handeln können, zwar mit Beratungen, aber ohne Fesseln."

Wenn das Projekt auf den Widerstand des Großkapitals trifft, so trifft es zugleich auf den Widerstand der Gewerkschaften. Das heißt allerdings nicht, daß die Gewerkschaftsbürokraten prinzipiell gegen eine Beteiligung an der Entscheidungsgewalt wären. Es bedeutet aber, daß eine große Zahl von Arbeitern, die die Macht kennengelernt haben, die sie während des Streiks darstellten, sich nicht besiegt glauben. Schon während des Streiks haben sie die Haltung der Gewerkschaftsbesse erkannt und sie würden die Funktion der Gewerkschaft infrage stellen, wenn sie sehen, wie diese mit den Kapitalisten zusammenarbeiten und deren Entscheidungen bestätigen.

Allerdings ist sicher, daß heute noch nicht der Zeitpunkt ist, an dem diese Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Großkapital erreicht werden könnte. Der Verbandssekretär der F.O., Roger Louet, sagt: "Jedes Projekt einer Integration von Gewerkschaften in Direktionsgremien wird auf unsere Opposition stoßen. Selbst wenn je ein solches Projekt angenommen würde, wäre es eine neue Quelle von Streitigkeiten."

So ist das Projekt "Capitant" Wiederholung der alten Ideen einer Verbindung von Kapital und Arbeit, eine bürgerliche Antwort auf die revolutionäre Idee der Inbesitznahme der Produktionsmittel durch die Produzenten. Es bedeutet eine zusätzliche Verwirrung der schon verwirrten Ideen linksgaullistischer Reformatoren über gemeinsame Unternehmensführung und demokratische Planung. Weil es die Feindschaft sowohl des Großkapitals als auch der Arbeiter hervorrufen wird, dieses Projekt scheitern und durch scheinbare Reformen ersetzt werden. Welche Form auch immer die "Participation" annehmen wird: die kapitalistische Gesellschaft wird sich dadurch nicht in eine klassenlose Gesellschaft verwandeln.

Die Arbeiterklasse weiß schon - Inschriften an den Mauern von Paris zeigen es - wie das Verb "mitbeteiligen" konjugiert wird: "Ich bin beteiligt, du bist beteiligt - sie profitieren."

EXTRA-DISKUSSION

BUNDESTAGSWAHL 1969: DIE FRAGWÜRDIGE WAHLALTERNATIVE

In unserer letzten Ausgabe veröffentlichten wir einen Beitrag des Marburger Professors Dr. Werner Hofmann "Aktions- und Wahlbündnis 1969", der sich für eine Beteiligung der Außerparlamentarischen Opposition am Wahlgang 1969 aussprach. Heute widerspricht Rudolf Retor diesen Thesen. Der Beitrag erschien zuerst in der progressiven "Düsseldorfer Volkszeitung":

Die Große Koalition hat sich — nicht allein durch die Notstandsgesetze — waschfest besudelt und das Grundgesetz verunzert. Die FDP hat die Zerstörung unserer Verfassung nicht verhindern können. Einer breiten Öffentlichkeit ist der Verfall der Demokratie bewußt geworden; sie hat sich spontan in gemeinsamen Aktionen solidarisiert. Die Wahlalternative soll — nach dem Willen hochgeschätzender Persönlichkeiten und einiger Gruppen der außerparlamentarischen Opposition — diese Bewegung fortsetzen. Um den „nur lässig verhüllten autoritären Staat“ (Abendroth) nicht sich selbst zu überlassen, muß die politisch aktive Linke „die Durchsetzung ihrer Interessen in die eigene Hand nehmen“ (Schauer), weil auch die SPD 1969 „dem Gesamtkonzept der bisherigen Bundesregierung keine demokratische und sozialistische Alternative anbieten kann“ (Abendroth).

Obwohl die politischen Studentenverbände — LSD wie SDS — die Situation der Bundesrepublik ähnlich einschätzen, halten sie beide die Beteiligung an der vorgeschlagenen Wahlalternative nicht für sinnvoll. Der LSD hat auf seiner außerordentlichen Delegiertenversammlung am 6./7. Juli das Problem lange erörtert. Warum lehnt er die Wahlalternative ab?

Die Wahlalternative hat das „Ziel des Eindringens in das Parlament“ (Abendroth). Das Parlament aber hat einen Bedeutungsschwund hinter sich, der dieses Ziel überflüssig macht. Es fällt keine Entscheidungen mehr, sondern veröffentlicht lediglich noch, was schon längst entschieden worden ist. Es handelt die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nicht aus, sondern verdeckt die Konflikte. Indem es die Entscheidungen der Herrschenden veröffentlicht, unterstützt es die Manipulation der Öffentlichkeit. „Wir müssen hierzulande von der Wirklichkeit eines weitgehend vollendeten und in absehbarer Zeit nicht umkehrbaren Bedeutungsschwunds des Parlaments als demokratischer Institution und seiner Aufgabenbestimmung als Herrschaftsinstrument ausgehen“ (Neusüb). Wer jetzt ins Parlament geht oder dies auch nur will, manipuliert mit und täuscht die Wähler. „Es gibt keine realistischen Wege in die Parlamente, weil die Idee solcher Wege selbst schon unreal ist“ (Neusüb).

Die Wahlalternative wird die 5-Prozent-Klausel mit großer Wahrscheinlichkeit nicht überwinden können. Falls wider Erwarten doch, dann erklären jedenfalls nur wenige ihrer Kandidaten Bundestagssessel. Was könnten sie dort bewirken? An Sachaufgaben könnten sie nicht mitarbeiten, weil sie in den Ausschüssen nicht vertreten wären. Sie könnten die Regierung nicht kontrollieren, weil sie keinen Einblick in die Entscheidungsvorgänge erhielten, von den Informationen ausgeschlossen blieben und zahlenmäßig nicht dazu imstande wären. Sie könnten auch die Öffentlichkeit dieser Entscheidungsvorgänge nicht herstellen, weil sie nicht an ihnen beteiligt wären. Sie könnten auch nicht — wie einige hoffen — das Parlament „zur Tribüne des Klassenkampfes“ (Lenin) machen, weil die überwältigende Mehrheit des Parlaments die wenigen Oppositionellen sanft unter ihren großen Hut nähmen. Sie könnten schließlich auch nicht Sprachrohr der außerparlamentarischen Opposition im Parlament sein und deren Einsichten größere Publizität verschaffen, weil die Publikationsmittel ihnen nicht zur Verfügung ständen. Beim gegenwärtigen Bewußtseinsstand der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit könnte im Gegenteil die Parlamentsmehrheit die wenigen Alternativabgeordneten leicht und wirkungsvoll diffamieren.

Statt dessen dienten diese Fundamentalloppositionellen gerade den Verächtern der Demokratie als billige Ausrede: „Wir haben die NPD, wir haben die APO-Lin-

ken im Parlament; alle Interessen sind also im Parlament vertreten; wir haben eine funktionierende Demokratie.“ Die Bevölkerung könnte so leicht darüber getäuscht werden, daß unsere Demokratie gerade nicht funktioniert. — Jene wenigen Abgeordneten der APO im Parlament würden es außerdem den Herrschenden leicht machen, das wahre Ausmaß der Klassegegensätze in unserem Staat zu verschleiern. Ihre geringe Zahl entspricht ja keinesfalls der großen Masse der Lohnabhängigen. Über ihre kleine Zahl im Parlament könnten sich die Herrschenden ruhig hinwegsetzen, während die große Zahl draußen ebenso ruhig verharrt.

Geradezu verheerend werden die sozialpsychologischen Folgen auf eine Vertretung der außerparlamentarischen Opposition im Parlament sein. Diese — so hoffen die Initiatoren der Wahlalternative — werde die radikaldemokratische Bewegung stärken, indem sie der demokratischen Opposition im Parlament zur Sprache verhilft und die Aktionen der außerparlamentarischen Opposition zusammenfaßt. — Die Voraussetzung dieser Erwartung aber ist trügerisch. Sie geht aus von einer großen Bewegung im Lande, die lediglich zu organisieren und auf das Parlament zu richten wäre. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Noch ist wenig zu organisieren, wenig auf etwas auszurichten. Die demokratischen Kräfte — von den Nazis vernichtet, nach dem Krieg skeptisch beäugt, von Parteien und Gewerkschaften wenig genutzt und nicht erweitert — müssen erst wachsen, um sich als wirksame Macht zu erweisen.

Da der Mehrheit unserer Bevölkerung die Funktionsunfähigkeit des Parlaments nicht bewußt ist, muß mit Wählern gerechnet werden, die gefühlsmäßig an das Parlament gebunden sind. Deshalb würde eine radikaldemokratische und sozialistische Vertretung im Parlament gerade den Prozeß abbrechen, der zu der erfreulichsten Entwicklungen der deutschen Nachkriegsgeschichte gehört: die zunehmende Aufgeschlossenheit für politische Belange und die Bereitschaft, sich selbst zu engagieren. Diese politische Bewußtwerdung nämlich wuchs mit den spontanen Aktionen derer, die sich im Parlament nicht vertreten wissen. Gerade weil sie nicht vertreten waren und sind, wuchs die Einsicht in die Notwendigkeit, selbst tätig werden zu müssen. Wäre jetzt die demokratische Opposition im Parlament vertreten, muß fast zwangsläufig eine Entwicklung leichtfertiger Beruhigung einsetzen: „Die Abgeordneten machen das schon für uns.“ Die Notwendigkeit zur Selbsttätigkeit würde nicht mehr erkannt werden können. Die getäuschten Wähler würden selbst nicht mehr aktiv werden, weil sie andere für sich handeln ließen.

Darum ist von der Organisation eines eigenen Wahlkartells der außerparlamentarischen Opposition entschieden abzuraten. Unsere Kräfte sind noch viel zu zerbrechlich, als daß wir schon jetzt den Kampf mit den etablierten Parteien aufnehmen könnten — auf dem Gebiet der Wahlen, versteht sich. Die Folge wäre — bei der Zielsetzung, in das Parlament einzudringen — eine erneute große Enttäuschung. Die Stärke der außerparlamentarischen Opposition ist ihre Spontaneität. Gerade sie wird durch ein Wahlbündnis mit jener Zielsetzung gefährdet. Die Lähmung ihrer Aktivität wäre die Folge. Jetzt eine Wahlalternative bilden, heißt, den zweiten Schritt vor dem ersten tun und den Boden der Wirklichkeit verlassen. Wer Illusionen nachläßt, zerstört den verheißungsvollen Anfang für eine radikaldemokratische Erneuerung in Deutschland. Die Öffentlichkeit sieht auf den Erfolg, weil sie dem vorgeschriebenen Leistungsdanken verfallen ist. Unsere Erfolglosigkeit, die sich voraussagen läßt, gäbe ihr wiederum die fatale Möglichkeit, ihre eigene Untätigkeit zu entschuldigen. Die Resignation wäre nicht aufzuhalten,

weil niemand mehr etwas vom eigenen Einsatz erwartete. Darum dürfen die Niederlagen der DFU und der Demokratischen Linken nicht wiederholt werden. Es kann jetzt nicht darum gehen, daß auch wir die Wähler dazu mißbrauchen, uns alle vier Jahre einmal Beifall zu klatschen, sondern darum, die oppositionelle Bewegung ihrer eigenen Kraft bewußt werden zu lassen, sie zu organisieren und zu vergrößern, damit sie auf lange Sicht eine entscheidende Größe im Kräftespiel der herrschenden Gruppen in der Bundesrepublik werden kann.

Das bedeutet für den Wahlkampf 1969, auf ein eigenes Wahlkartell zu verzichten, den Wahlkampf selbst jedoch intensiv zu nutzen. Wie?

1. Auf eigenen Wahlkampfveranstaltungen sind zu diskutieren:

a) der Verfall der westdeutschen Demokratie, die Situation des bundesdeutschen Parlamentarismus und die Rolle der Parteien;

b) die Programme und Vorstellungen der Parteien — sowie das, was nicht in ihren „Programmen“ erscheint;

c) die einzelnen Kandidaten, ihre bisherige und zukünftige Arbeit.

Neben dieser Aufgabe, durch Aufklärung Bewußtsein zu verändern, haben diese Versammlungen die Möglichkeit, Empfehlungen auszusprechen oder Protestkandidaten aufzustellen — je nach Lage der Dinge.

2. Wahlkampfveranstaltungen der Parteien können umgestaltet werden, indem man vor Beginn in ausreichender Stärke die Versammlungsräume füllt und Diskussionen mit dem „Publikum“ beginnt. Gleiches kann im Anschluß an das offizielle Programm versucht werden. — Und selbstverständlich besteht die Möglichkeit für happenings und Störaktionen.

3. Der Wahlkampf für einzelne Kandidaten der Parteien nach amerikanischem Vorbild kann regional sinnvoll sein.

So ist der Wahlkampf als Agitationsmodell intensiv und gemeinsam mit allen Gruppierungen innerhalb der außerparlamentarischen Opposition zu nutzen. Dann kann er tatsächlich zum „organisierenden Prinzip“ (Brender) der APO werden, wie es der gemeinsame Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze war. Er wird jedoch diesen Sinn nur solange haben, als er konsequent als außerparlamentarische Aktion verstanden und geführt wird. Jedes Schielen auf Parlamentsitze nimmt ihm seine Kraft und trägt zur Zersplitterung der Linken bei.

Abzulehnen ist ein Wahlboykott. Er ist Ausdruck der Passivität und begibt sich von vornherein jeder Chance, durch Aufklärungsaktionen zur politischen Bewußtseinsbildung beizutragen. — Im Gegenteil: Der Wahlkampf selbst kann anknüpfen an die Erwartungen eines Großteils unseres Volkes, an ihr auf das Parlament fixiertes Bewußtsein, und es zur Politisierung nutzen.

Somit stehen der außerparlamentarischen Opposition alle Möglichkeiten des Wahlkampfes von der Zusammenarbeit mit einzelnen Kandidaten bis zur Provokation offen. In jedem Fall aber ist der „Wahlkampf so zu führen, daß er zu einer sichtbaren Stärkung der außerparlamentarischen Opposition beiträgt . . . Die durch den Wahlkampf gewonnene neue Qualität der fundamentaloppositionellen Bewegung (muß) zur Plattform weiterer politischer Arbeit werden“ (Neusüb). Die radikaldemokratischen Gruppen, die sich ihrer Verbundenheit durch die gemeinsamen Aktionen der letzten Zeit bewußt geworden sind, brauchen diese Aktionsgemeinschaft weiter, um ihre Arbeit an der Basis fortzusetzen: in den Betrieben, an den Schulen und Hochschulen. Sie arbeiten in ihrer differenzierten Einheit weiter im Rahmen einer „langfristigen Strategie massenhafter Aufklärung“ (Habermas).

K R I T I S C H E S K I N O

Festival
des
engagierten Films

b e l l e v u e
filmkunst am Hansaplatz
Altonaerstr. 22 / Tel. 39 44 44
S-Bhf. Bellevue / A 16 A 25
U-Bhf. Hansaplatz

2. Woche ESTABLISHMENT DER SPIESSER

Fr. WENN KATELBACH KOMMT

9. Regie: Roman Polanski - Vorpr.: Polanski SAEUGETIERE

Sbd. DER HAUSMEISTER

10. Alan Bates, Donald Pleasance; Regie: Clive Donner
Verfilmung des Bühnenstücks von HAROLD PINTER
Berlinale-Sieger '63

Stg. HERR PUNTILA UND SEIN KNECHT MATTI

11. Curt Bois, Heinz Engelmann, Maria Emo; Regie: A. Cavalcanti
nach dem Bühnenstück von Bert Brecht

Mo. DIE GLEICHGÜLTIGEN

12. Rod Steiger, Claudia Cardinale, Tomas Milan; Regie: Franco Maselli - nach Alber-
to Moravia. Die Demaskierung eines finanziell und moralisch bankrotten Bürger-
tums.

Di. DER PURITANER

13. J. L. Barrault, Pierre Fresnay, Viviane Romance; Regie: Jeff Musso
Der Fanatismus eines sexuell frustrierten Moralisten führt zur Gewalt

Mi. WIEDERSEHEN FÜR EINE NACHT

14. Walter Chiari, Francisco Rabal, Letitia Roman; Regie: Damiano Damiani
"Alle Jahre wieder" auf italienisch, aber gelungen. Der beste Film der Berlinale 62

Do. PENTHOUSE

15. Suzy Kendall, Claire Bloom; Regie: Peter Collison
Aus Angst, Komik und Terror gemixte Modellparabel von der Brüchigkeit gesell-
schaftlicher Konventionen.

17.00 / 19.00 / 21.00 Uhr

Preis: DM 3.-/Studenten DM 2.-

AN EXTRA-DIENST GMBH 1 BERLIN 15 WIELANDSTRASSE 27

Bitte senden Sie ein Probeexemplar - mit Empfehlung von mir - an folgende Adressen:

- 1. ()
- 2. ()
- 3. ()
- 4. ()
- 5. ()

.....
(Unterschrift)